

## Kurzum

von Stefan Stache

„Die meisten Menschen werden nach der Corona-Krise erstmal ärmer sein“, so Winfried Kretschmann auf die Frage, wer die Kosten der Krise bezahle. Denn die Hilfgelder müssten wieder eingespart werden und fielen „nicht vom Himmel“.<sup>1</sup> Die Selbstverständlichkeit, mit der bereits jetzt Opfer zugunsten fiskalischer Ordnungspolitik erwartet werden, relativiert Hoffnungen, durch die Zwänge der Krise seien die Entstaatlichung und der Neoliberalismus erledigt. Es ist denkbar, dass die Diskurse von Entstaatlichung zwar delegitimiert sind, wohlfahrtsstaatliche Investitionen jedoch unter Verweis auf eine vermeintlich seriöse Haushaltspolitik und die Schuldenbremse blockiert werden. Konservative und Neoliberale könnten die Krise ähnlich wie nach der globalen Finanzmarktkrise 2008 zur Krise der Staatsschulden umdeuten.

Damals verfolgte die Sozialdemokratie eine keynesianische Anti-Krisenpolitik, deren Erfolge ihr jedoch von ihren Wähler\*innenmilieus nicht zugeschrieben wurden. Zum einen litt sie unter dem vielfach diskutierten Vertrauensverlust, der auch den aktuellen Umfragen zufolge nur langfristig zu überwinden ist. Zum anderen formulierte sie keine langfristige ökonomische und wohlfahrtsstaatliche Perspektive, die sich von der Austeritätspolitik absetzte und in der sich ihre Wähler\*innen ausreichend repräsentiert sahen. Im Unterschied hierzu hat sie heute programmatische und personelle Teilöffnungen vollzogen.<sup>2</sup> Sie kann in einem politischen Feld agieren, in dem Teile der Kapitalfraktionen bereits vor der Corona-Krise die Schuldenbremse für Investitionen in die Infrastrukturen in Frage stellten und Diskurse öffentlicher Investitionen und Daseinsvorsorge deutlich an Kraft gewonnen haben und auch in konservative Wähler\*innenklientele hineinreichen. Deren politische Repräsentant\*innen könnten unter



⇒ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Foto: © Thilo Nass

Druck geraten, wenn sie schnell wieder auf eine restriktive Fiskalpolitik einschwenken.

In Zeiten der ausgesetzten Schuldenbremse und großer Hilfspakete scheint das Feld für eine solidarischere investive Politik jenseits der alten Spar- und Marktlogik offen. Eine breite Unterstützung für gesellschaftliche Infrastrukturinvestitionen, besonders in das Gesundheitswesen, wäre möglich. Sie könnte mit der Erfahrung wachsen, dass staatliche Infrastrukturen schützen, wenn rechtzeitig in sie investiert wird und sie bedarfsgerecht ausgerichtet sind, statt Marktlogiken zu folgen.

Gleichwohl könnte eine nach dem Krisenkeynesianismus wieder einsetzende Sparpolitik auch Teile der solidarischeren Lager spalten. Daher bedarf es massiven und dauerhaften Drucks v.a. aus dem sozial-integrativen Lager, der politisch auch durch die SPD repräsentiert wird. Hierzu gehörten Bündnisse der Gewerkschaften für eine neue Infrastrukturökonomie<sup>3</sup> z.B. für einen bedarfsgerechten Gesundheitssektor und nachhaltige öffentliche Mobilität.

**Kurzum:** Die Corona-Krise offenbart erneut die Möglichkeit gesellschaftlich getragener wohlfahrtsstaatlicher Kriseninterventionen. Sozial-ökologische Pfadverschiebungen sind jedoch weiterhin voraussetzungsvoll. Wie nach der letzten globalen Krise kann sich das politische Feld schnell schließen. ■

1 Wie lange hält der Pakt zwischen Politik und Wirtschaft, in: FAZ, 12.04.20, S. 2.

2 Max Reinhardt (2020): SPD-Flügelrepräsentation der Wohlfahrtsstaatspfade, Gewerkschaften und sozialen Milieus, In: Wolf von Matzenau/Stefan Stache (Hg.): Was heißt Erneuerung der Linken? Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert, spw-Verlag/VSA Hamburg.

3 Vgl. Heftschwerpunkt Gesellschaftliche Infrastrukturen – von der Kapitallogik zur gemeinwohlorientierten Infrastrukturökonomie, in: spw Nr. 235, 2019.